

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

17.03.2022

Inhalt

EWN

1 Was passiert mit der teuren Röhre in der Ostsee? <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 17.03.2022</i>	3
2 Wohnen in der Pipeline: Architekt will Nord Stream 3 bauen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 17.03.2022</i>	5
3 Schwesig wird die Klimastiftung MV nicht los <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 17.03.2022</i>	6

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 17.03.2022 | S. 10

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke und Frank Pubantz

NORD STREAM 2

Was passiert mit der teuren Röhre in der Ostsee?

Im Zuge der Sanktionen gegen Russland ist die Nord Stream 2 AG abgetaucht. Doch in der Pipeline im Meeresboden ist noch Gas. Ein Rückbau könnte für MV teuer werden.

Rund 177 Millionen Kubikmeter Erdgas reichen aus, um mehr als 110 000 Einfamilienhäuser ein Jahr lang mit Warmwasser und Heizenergie zu versorgen. So viel Gas befindet sich seit Ende 2021 in der Nord Stream 2, die technisch betriebsbereit auf dem Grund der Ostsee liegt. Das Gas - immerhin mit einem Druck von 103 bar - wird auch weiterhin in der Pipeline zwischen Russland und Deutschland „stehen“. Die deutschen Fachbehörden sehen zumindest derzeit keinen Grund, das Gas aus der Leitung abzulassen. Es bestünden aus Sicht des Bergamtes Stralsund keine Bedenken hinsichtlich der Sicherheit und Integrität der gasgefüllten Leitungen und der Molchempfangsstation, so Bergamtsleiter Thomas Triller. Unabhängige Sachverständige hätten Ende 2021 die Dichtheit und Festigkeit der Leitung attestiert.

Immerhin: Das Bergamt ist mit dem verbliebenen Personal von Nord Stream 2 in Abstimmung, wie die Sicherheit der Pipeline gegenüber Dritten und der Umwelt „mittel- und langfristig“ gewährleistet werden könne. „Auch die Gasreduzierung in den Leitungen gehört dazu“, so Triller. Im Bergamt geht man inzwischen davon aus, dass die Pipeline „auf längere Sicht nicht in Betrieb gehen wird.“

Insider sprechen von einem bislang nie da gewesenen „Präzedenzfall“. Eine transportbereite und mit Gas befüllte Leitung, die nicht in Betrieb geht, so etwas habe es noch nie gegeben. Wie damit umgehen? Das Gas einfach in Richtung Deutschland abzulassen, wäre kritisch. Damit liefe Deutschland Gefahr, den Transport rechtlich anzuerkennen, so ein Branchenkenner. Der Vertrag wäre im Sinne eines „konkludenten Verhaltens“ aktiv zustande gekommen. Technisch wäre eine Entspannung des Gases auch in Richtung Russland möglich. Doch dazu müssten erstmal Gespräche mit der russischen Seite zustande kommen.

Die Gazprom-Tochter Nord Stream 2 könnte am ehes-

ten Auskunft geben. Website und Mail-Accounts sind aber seit Tagen abgeschaltet. Den Mitarbeitern wurde gekündigt. Das Unternehmen steht wegen der Sanktionen gegen Russland vor der Pleite.

Die Grünen machen Druck. Auch wenn Nord Stream 2 technisch genehmigt sei, müsse der Betreiber das Gas ablassen, so der energiepolitische Sprecher Hannes Damm. „Die Pipeline ist weder zertifiziert noch in Aussicht, in Betrieb zu gehen.“ Damm vermisst vor allem ein klares Bekenntnis der Landesregierung gegen die Pipeline. Dies sei angesichts des verbrecherischen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine dringend notwendig. Er befürchtet, dass das Land - hoffend auf andere Zeiten - sich eine Hintertür für die Revitalisierung des Projektes offenhält.

Noch ist das Zertifizierungsverfahren für die Pipeline nur gestoppt, nicht grundsätzlich beendet. Im November hatte die Bundesnetzagentur die Nord Stream AG aufgefordert, ein deutsches Tochterunternehmen zu gründen, das den deutschen Teil der Leitung übernehmen sollte, um die Anforderungen an die EU-Gasrichtlinie zu erfüllen. Zu einer Eigentumsübertragung an die Gas for Europe GmbH mit Sitz in Schwerin ist es nach OZ-Informationen nicht mehr gekommen. Die Leitung ist weiter im Eigentum der Gazprom-Tochter.

Im Falle einer Insolvenz von Nord Stream 2 müsste auch das Land Mecklenburg-Vorpommern mit Konsequenzen rechnen, erklärte jüngst Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) im Landtag. Innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone falle dann die Verantwortung für die Röhre an die Landesregierung. Das könnte dann anfallende Arbeiten oder Beseitigung betreffen. „Die Rechnung geht dann an einen möglichen Insolvenzverwalter in der Schweiz“, so Meyer. Es sei aber nicht auszuschließen, dass Kosten beim Land bleiben - konkret im Umweltministerium. Geregelt sei dies im Ener-

giewirtschaftsgesetz.

Auf mögliche finanzielle Rückstellungen von Nord Stream 2 kann das Land in diesem Falle zumindest nicht zurückgreifen. Entsprechende Auflagen in der Baugenehmigung - Fehlanzeige. „Rückstellungen sind nicht vereinbart“, so Triller. Ebenso fehlt offenbar ein Plan, wie man mit dem im Meeresboden verbuddelten Stahl umgehen soll, wenn Nord Stream 2 Insolvenz anmeldet. „Die Nutzungsdauer der Pipeline war für 50 Jahre geplant. Ein Rückbau nach Außerbetriebnahme der Leitung war nach den dann geltenden rechtlichen

Regelungen vorzusehen.“

Was nun? Für die Grünen ist der Rückbau der Pipeline eine ernsthafte Option - vor allem mit Blick auf die Umwelt. Um Schaden vom Land abzuwenden, sollte die Landesregierung prüfen, inwieweit der Mutterkonzern Gazprom und damit der russische Staat als Hauptteigener bei einer Insolvenz in die Pflicht genommen werden könnten, so Damm. „Es gibt keine realistische Chance mehr, dass sie in Betrieb geht. Eine alternative Nutzung zum Transport von grünem Wasserstoff sehe ich ebenfalls nicht.“

Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 17.03.2022 | S. 10

Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

Martina Rathke

„NORD STREAM 3“

Wohnen in der Pipeline: Architekt will Nord Stream 3 bauen

Münchner möchte aus den Nord-Stream-Rohren ein Gebäude bauen - zur Völkerverständigung.

Was passiert mit der Pipeline Nord Stream 2, wenn sie keiner mehr benötigt? Der Münchner Architekt Benedikt Hartl hat dafür eine besonders kreative Idee. Er will die auf dem Grund der Ostsee versenkten Rohre an die Oberfläche holen und daraus ein Gebäude in der Ostsee errichten. In einem Akt der Völkerverständigung und als ein Zeichen des Friedens, wie er der OSTSEE-ZEITUNG erklärte. Demnach müssten etwa 400 Meter Pipelinerohre aus der Ostsee ausgegraben und in Segmente geschnitten werden, um daraus ein Gebäude mit 194 Schlafkojen zu errichten.

Diese Idee formuliert Hartl nicht als bloße Provokation. Hartl meint es ernst, sagt er. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Pipeline in den nächsten Jahren in Betrieb gehen wird.“ Nord Stream 3 könne ein Programm der Bundesregierung für Frieden und Völkerverständigung werden. Unterfüttert ist die Idee mit Architekturentwürfen.

Hartl hatte sich mit seinem Architekturbüro opposite office bereits für andere Gebäude, die seinen Worten zufolge „nicht mehr benötigt werden“, neue, provokante Nutzungsmöglichkeiten einfallen lassen. Den Buckingham Palace - repräsentativer Wohnsitz der Queen - wollte er 2019 zu einem Sozialbau mit 775 Zimmern und 79 Bädern umbauen lassen, um damit in London den Mangel an bezahlbaren Wohnraum zu bekämpfen. Auch die Queen sollte eines der Zimmer

im „Affordable Palace“ (erschwinglicher Palast) erhalten.

Für das Capitol in Washington hatte er nach dessen Erstürmung eine düstere Utopie. In seinem Entwurf des „Capitol Castle“ zeigt Hartl eine Version der Demokratie, die sich hinter immer höheren Mauern verstecken muss.

Für sein Projekt „Nord Stream 3“ hat Hartl ganz genaue Vorstellungen. Die 194 Schlafkojen würden per Zufallsgenerator jeden Monat an Menschen weltweit verlost. Jeder Staat würde eine Schlafkoje belegen können. Während des einmonatigen kostenlosen Aufenthalts könnten die Menschen zusammenkommen, in einen Austausch treten und Vorurteile abbauen. Auch für die Anlandestation in Lubmin hat Hartl eine Idee. Die Gebäude will er zu einer großen Versammlungshalle umbauen, in der die Bewohner klima-, gesellschafts-, gesundheits- und wirtschaftspolitische Themen diskutieren.

Die etwa 1230 Kilometer lange Ostseepipeline Nord Stream 2 mit einer Transportkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Erdgas steht vor dem Aus. Nach dem Krieg Putins gegen die Ukraine hatte Deutschland das Zertifizierungsverfahren gestoppt. Die Nord Stream 2 AG, Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom, hatte ihren Mitarbeitern mit den gegen Russland verhängten Sanktionen gekündigt.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 17.03.2022 | S. 9

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Frank Pubantz

STREIT UM 20 MILLIONEN

Schwesig wird die Klimastiftung MV nicht los

Ministerpräsidentin will umstrittenes Konstrukt auflösen und russisches Geld für humanitäre Zwecke einsetzen - geht das?

Heiße Wortgefechte hat es im Landtag zur Zukunft der umstrittenen Klimaschutzstiftung MV gegeben. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat nach massiver Kritik an ihrem Kurs gegenüber Russland in Aussicht gestellt, dass die Stiftung aufgelöst und die 20 Millionen Stiftungskapital für humanitäre Zwecke verwendet werden könnten. Dabei handelt es sich um Geld von Nord Stream 2 - Geld des russischen Staatskonzerns Gazprom. Nach Auffassung diverser Quellen geht das so einfach aber nicht. Am Freitag ist ein Schlichtungsgepräch geplant.

Via Twitter hatte sich Schwesig am 28. Februar aus ihrer Genesungszeit in die Diskussion über die russische Invasion in der Ukraine eingeschaltet. Nach ihren Vorstellungen solle die Stiftung, die den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2 unterstützte, aufgelöst werden. „Es wird auch geprüft, ob es rechtlich möglich ist, die von Nord Stream zur Verfügung gestellten Stiftungsgelder für humanitäre Zwecke einzusetzen“, so Schwesig. Nach OZ-Informationen lag sie danach mit Stiftungsvorstand Erwin SELLERING im Clinch, der die Stiftung erhalten will.

So einfach kann die Politik gar nicht durchsetzen, was Schwesig fordert. Denn um den Stiftungszweck zu ändern - von Klimaschutz zu humanitärer Hilfe -, müsste neben dem Vorstand auch ein Gremium zustimmen, das es gar nicht gibt. Ein Kuratorium, das die Geschicke der Stiftung lenken sollte, war bei Gründung im Januar 2021 vorgesehen. Zuständig für die Berufung: die Ministerpräsidentin. Doch auch über ein Jahr später gibt es dieses Gremium nicht. „Es ist bislang kein Kuratorium berufen worden“, bestätigt Regierungssprecher Andreas Timm auf OZ-Anfrage.

In diesem Gremium sollten bis zu 18 Personen sitzen - je ein Vertreter aus den Ministerien für Umwelt, Wirtschaft und Energie, einer aus der Wirtschaft, Wissen-

schaftler, Umweltverbände, engagierte Klimaschützer. Dazu sei es nie gekommen, ist zu hören. Die Umweltverbände etwa hätten zu allem, was mit Nord Stream 2 zu tun hat, von Beginn an abgewunken.

Ohne Kuratorium keine Umwidmung der Stiftung - so steht es schwarz auf weiß in der Satzung der Stiftung. Zwei Drittel des Kuratoriums müssten zustimmen. „Das ist ein verzwicktes rechtliches Problem“, berichtet ein Insider. Im angespannten Streit um das Thema will kaum jemand seinen Namen in der Zeitung lesen. Die OZ hat in diverse Richtungen gefragt. Die Antwort oft: Schwerin, wir haben ein Problem. Mindestens, denn ob die Politik im Nachhinein auf die privatrechtlich aufgestellte Stiftung überhaupt noch Einfluss hat, wird bezweifelt. Die Stiftung und SELLERING selbst wollen sich derzeit nicht zum Thema äußern.

Und nun? Die Staatskanzlei weicht auf konkrete Fragen zu einer Lösung aus. „Die Landesregierung und der Landtag haben sich klar dazu bekannt, dass sie eine Auflösung der Stiftung anstreben“, so Sprecher Timm. „Über den bestmöglichen Weg soll es demnächst ein Gespräch zwischen Landtagsfraktionen, Landesregierung und Stiftungsvorstand geben.“ Der Termin ist morgen.

Kaum vorstellbar, dass eine Einigung etwa mit CDU, FDP und Grünen möglich ist. Die hatten im Landtag gefordert, dass MV 20 Millionen Euro humanitäre Hilfe für die Ukraine bereitstellt. SPD, Linke und AfD lehnten ab. Verbal flogen die Fetzen.

Eine schnelle Lösung verhindert die Satzung womöglich auch. Da heißt es in Paragraph 11: Bestimmte Änderungen an der Satzung seien „erst ab dem dritten Jahr nach Errichtung der Stiftung zulässig.“

Traurig sei, sagt eine Quelle, dass das Thema Klimaschutz jetzt kaum noch eine Rolle spiele.